

Handelsblatt

MENSCHENRECHTSBEAUFTRAGTER YENEROĞLU

„Belehrende EU-Forderungen an die Türkei sind vermessen“

von: Ozan Demircan

Datum: 20.05.2016 17:39 Uhr • Update: 23.05.2016, 16:50 Uhr

PREMIUM Der AKP-Politiker spricht im Interview über das EU-Türkei-Abkommen, den Terror im eigenen Land und innenpolitische Kritikpunkte. Dabei richtet er deutliche Worte in Richtung Brüssel - und indirekt auch nach Berlin.



Flüchtlingslager in Gaziantep

Das Lager für syrische Flüchtlinge in Gaziantep im Südosten der Türkei hatte Kanzlerin Merkel erst kürzlich besucht. Die Integration von Flüchtlingen in der Türkei läuft zwar schleppend – das sei bei der hohen Anzahl an Neuankömmlingen aber normal, sagt Mustafa Yeneroğlu.

(Foto: AP)

Mustafa Yeneroğlu ist in Deutschland und in der Türkei daheim. Der langjährige Funktionär und Jurist der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) ist in Deutschland aufgewachsen und hat in Köln studiert. Heute sitzt er als Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses im türkischen Parlament.

Herr Yeneroğlu, durch das vereinbarte Flüchtlingsabkommen vertraut die EU der Türkei, dass Millionen Flüchtlinge nach EU-Maßstäben behandelt werden. Ist das so?

In Deutschland und anderen europäischen Ländern haben wir gesehen, wie schwierig es ist, plötzlich eine Vielzahl von Menschen aufzunehmen und sie menschenwürdig zu versorgen. Städte, Kommunen und Gemeinden appellierten im Stundentakt an Berlin, mehr zu tun und vor allem mehr Geld bereitzustellen. Am Ende wurden die Grenzen dichtgemacht. Heute noch gibt es zahlreiche Flüchtlingscamps in Griechenland, Spanien und vielen anderen EU-Ländern, in denen

Menschen unter katastrophalen Umständen ausharren müssen.

Und in der Türkei?

Im Vergleich dazu hat die Türkei viel mehr Menschen aufgenommen als alle EU-Staaten zusammen und muss diese Herausforderung mit einem deutlich kleineren Staatsetat stemmen. Ich finde es vermessen, in diesem Kontext behrende Forderungen an die Türkei zu stellen und mit EU-Maßstäben zu wedeln - wohlwissend, dass sich eine Reihe von EU-Mitgliedsstaaten weigert, überhaupt Flüchtlinge aufzunehmen. Dennoch gibt es auch in der Türkei Nachholbedarf. Wir müssen bei der Versorgung und Unterbringung der Schutzsuchenden mehr tun.



Mustafa Yeneroğlu

Der AKP-Politiker ist Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses im türkischen Parlament. Er ist in Deutschland geboren und aufgewachsen. (Foto: Imago)

Der Flüchtlingspakt zwischen der Türkei und der EU wird als „schmutziger Deal“ bezeichnet. Zurecht?

Nein, die Vereinbarung zwischen Europa und der Türkei ist in erster Linie eine Lösung, um die Flüchtlingssituation handhabbar für beide Seiten zu machen. Die Türkei hat bisher allein aus Syrien über 2,6 Millionen Menschen aufgenommen und für sie bisher über 10 Milliarden US-Dollar ausgegeben. Da passt das Ausgabenverhältnis der EU nicht. Zumal die Türkei schon seit Beginn der Syrien-Krise ihre Grenzen aus rein humanitären Gesichtspunkten geöffnet hat.

Handelt die Türkei wirklich nur aus humanitären und nicht aus politischen Gründen?

Ich wüsste nicht, welche politischen Argumente eine solch große finanzielle Belastung und gesellschaftliche Herausforderung überwiegen könnten. Bei der humanitären Katastrophe war auch jede politische Erwägung sofort hinfällig. Die Türkei hat ohne Wenn und Aber Millionen von Menschen vor Krieg und Terror geschützt und sie vor dem sicheren Tod bewahrt. Hätten politische Gründe eine Rolle gespielt, hätten die Grenzen dichtgemacht werden müssen. Das ist bis heute nicht geschehen.

WAS EIN SCHEITERN DEALS MIT DER TÜRKEI BEDEUTEN WÜRDE

Die Macht der Türkei

Die Türkei könnte die Rücknahme von Flüchtlingen aus Griechenland stoppen und ihre seit März verstärkten Kontrollen an der Ägäis-Küste einstellen. Auch die Basis der deutsch-türkisch-griechischen Nato-Mission würde wackeln. Schlepperbanden könnten dann die Ägäis als Fluchtkorridor nach Europa neu beleben. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wäre mit ihrer „europäischen Lösung“ für die Flüchtlingskrise gescheitert.

Nationaler Egoismus?

Die Visafreiheit in Europa liegt vielen Türken am Herzen, weil die derzeitigen Antragsverfahren als langwierig, teuer und demütigend empfunden werden. Ein Scheitern wäre deshalb für die Regierung ein Fiasko. Der CDU-Europapolitiker Elmar Brok glaubt, Präsident Erdogan scheue den drohenden Populärkeitsverlust.

Allerdings argumentiert Erdogan daheim, Schuld sei nicht er, sondern die EU. Die Forderung nach einer Änderung der türkischen Anti-Terrorgesetze habe Brüssel erst nachträglich erhoben. Die zersplitterte und schwache Opposition in Ankara ist nicht in der Lage, aus dieser Situation politisches Kapital zu schlagen.

Die internationale Rolle der Türkei

Vertragstreue und Berechenbarkeit stünden in Frage – meint EU-Parlamentspräsident Martin Schulz. „Ich glaube auch, dass die Türkei nicht so hingehen kann und willkürlich sagen kann, wir machen mal einen Tag dies und mal einen Tag was anderes“, sagte er im Deutschlandfunk. „In der internationalen Politik hängt alles mit allem zusammen.“

EU-Beitritt

Der Flüchtlingsdeal hatte die seit Jahren auf Eis liegenden EU-Beitrittsverhandlungen wiederbelebt. Die Türkei müsste die Hoffnung auf weitere Fortschritte dann wieder für unbestimmte Zeit begraben. Die ohnehin geringe Begeisterung für die türkische Beitrittsbewerbung dürfte in den EU-Hauptstädten weiter sinken.

Syrische Flüchtlinge in der Türkei

In der Türkei leben fast drei Millionen Flüchtlinge aus dem Nachbarland. Die EU hat bis 2018 sechs Milliarden Euro Unterstützung zugesagt, die über internationale Hilfsorganisationen in konkrete Projekte fließen sollen, um Lebensbedingungen und Zukunftsperspektiven der Flüchtlinge zu verbessern. Grundsätzlich hätte die EU selbst bei Aufkündigung des Flüchtlingspakts ein Interesse, die Flüchtlinge in der Türkei zu unterstützen, um sie von Europa fernzuhalten. Aber die Zusage von drei der sechs Milliarden Euro ist an die Flüchtlingsrücknahme geknüpft. Auch die direkte Aufnahme syrischer Flüchtlinge aus der Türkei durch EU-Länder wäre hinfällig.

Der Plan B der EU

Die EU treibt den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Grenz- und Küstenwache voran. Sie soll über den Sommer aufgebaut werden und über 1000 feste Mitarbeiter sowie eine Eingreifreserve von 1500 Grenzschützern verfügen. Ähnliches ist bei der neuen EU-Asylbehörde geplant, bei der bis zu 500 Experten auf Abruf bereit stünden, um etwa bei der Registrierung von Flüchtlingen zu helfen. Die Pläne müssten bei einem Platzen des Türkei-Deals beschleunigt werden.

Folgen für Griechenland

Die Ankunftsahlen auf den griechischen Inseln sind durch den Flüchtlingsdeal von weit über tausend auf nur noch einige dutzend pro Tag gesunken. Bei Aufkündigung der Vereinbarung könnten die Zahlen wieder auf Zehntausende pro Monat hochschnellen – und das zu Beginn der für Griechenland lebenswichtigen Tourismus-Saison. Da die Balkanroute gesperrt ist, würden die Flüchtlinge in Griechenland festsitzen. Selbst bei massiver Hilfe der EU wären Chaos und großes Flüchtlingselend zu befürchten.

Ein Berater von Präsident Erdoğan droht damit, die Flüchtlinge „loszuschicken“, sollte der Flüchtlingspakt scheitern. Ist das nur Rhetorik?

Man wird auch in der Türkei von der täglichen Polemik aus der EU nicht verschont. Insofern überraschen mich diese Reaktionen nicht. Gegenseitige Wortgefechte, dazu noch oft exklusive Wertansprüche, helfen niemandem weiter. Griechenland wird gedrängt, seine Grenzen zu schließen, die Türkei wiederum wird „europäisch“ angemahnt, die Grenze zu Syrien zu öffnen. Das registrieren die Menschen in der Türkei.

Für die EU ist die Türkei ein „schwierigen Partner“. Beruht das auf Gegenseitigkeit?

Wir haben es geschafft, in dieser schwierigen Situation einen Kompromiss zu finden. Aber: Die Türkei hat bisher nichts Zählbares von dieser Vereinbarung. Diesen Fakt kann die einseitige Kritik aus Europa nicht unterdrücken.

FLÜCHTLINGSKRISE

Gestrandet im Lager

Bild 1 von 25**Syrer auf der Flucht**

Sie haben nur sich selbst dabei.
(Foto: dpa)

Die strengen Anti-Terror-Gesetze in der Türkei erschweren die Visaliberalisierung. Wäre es gerade deswegen nicht ein Kompromiss, die Gesetze abzumildern und dafür Millionen Türken Reisefreiheit zu gewähren?

Ehrlicher wäre es gewesen, wenn die EU die Visapflicht nicht zum Verhandlungsgegenstand gemacht hätte, sondern sie schon aus ihrer Selbstverpflichtung aus dem Assoziationsabkommen heraus abgeschafft hätte. In dem Abkommen ist ausdrücklich vereinbart, den Austausch und die Verständigung zwischen dem europäischen und dem türkischen Volk zu fördern mit dem Ziel, sie einander näher zu bringen. Wie soll das geschehen mit der einseitigen Visapflicht?

Die Terrorgesetze werden allerdings stets kritisiert...

Der Kampf gegen den Terror sollte mit dieser Thematik erst gar nicht verquickt werden. Ich wundere mich, mit welcher Leichtigkeit ausgerechnet die EU Forderungen an die Türkei stellt. Erinnern wir uns an die Zeit nach den Anschlägen am 11. September, nach London, Madrid, Paris, Brüssel. Frankreich hat über viele Monate den Ausnahmezustand verhängt und zahlreiche Individual- und Freiheitsrechte eingeschränkt. Auch in Deutschland wurden zahlreiche Sicherheitspakete verabschiedet, die sich nach und nach als verfassungsfeindlich herausgestellt haben. An die Zeit der staatlichen Gegenmaßnahmen gegenüber dem RAF-Terror will ich gar nicht erinnern.

DIE TÜRKEI IM ÜBERBLICK

Gründung

Am 29. Oktober 1923 rief Mustafa Kemal Atatürk die erste türkische Republik aus. Dem vorausgegangen war der Türkische Befreiungskrieg, in dem die Truppen Atatürks gegen Armenien, Griechenland und die französische Besatzungsmacht Anatoliens kämpften. Atatürk brach mit dem Sultanat der Osmanen, die zuvor das Osmanische Reich beherrschten, und mit dem Kalifat. Stattdessen errichtete er eine laizistische Republik.

Bevölkerung

Die Türkei hat derzeit rund 79,4 Millionen Einwohner. Die meisten von ihnen – rund 99 Prozent – sind Muslime, wovon wiederum 80 bis 85 Prozent sunnitischen und 15 bis 20 Prozent alevitischen Glaubens sind. Zwischen 1930 und heute hat sich die Bevölkerung der Türkei mehr als vervierfacht. Gemessen an der Fläche des Landes wohnen heute 98 Einwohner pro Quadratkilometer in der Türkei.

Wirtschaft

Staatswährung ist die türkische Lira (TRY). Von 2003 bis 2013 erreichte die Türkei hohe Wachstumsraten von bis zu 8,9 Prozent. Das Bruttoinlandsprodukt stieg in diesem Zeitraum von 303 auf 839 Milliarden US-Dollar. Die Arbeitslosenquote betrug im Februar 2015 10,1 Prozent. Das Leistungsbilanzdefizit der Türkei, also das Verhältnis von importierten zu exportierten Waren, ist eines der höchsten der Welt. Rund acht Prozent des türkischen BIP wurden etwa 2013 aufgewendet, um Waren im Ausland einzukaufen. Wichtigster Handelspartner ist Deutschland: 2007 kamen 13 Prozent der Importe aus Deutschland, und rund 14 Prozent der Importe gingen dorthin.

Politische Führung

Die Regierungsmehrheit mit 317 von 550 Sitzen im türkischen Parlament hat derzeit die AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi; deutsch: „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“). Parteivorsitzender ist Ahmet Davutoğlu, der auch gleichzeitig als Ministerpräsident der Türkei amtiert. Staatspräsident ist dessen Amtsvorgänger Recep Tayyip Erdoğan, der die AKP zuvor ebenfalls führte und die Türkei in eine präsidentiale Demokratie mit größeren Rechten für den Staatspräsidenten umwandeln möchte.

Beziehungen zur EU

Im Herbst 2005 hat die Europäische Union Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen. Als frühestmöglicher Eintrittstermin war dabei das Jahr 2015 besprochen worden. Doch die Verhandlungen wurden ausgesetzt, vor allem wegen unterschiedlicher Auffassungen in Handels- und Zollfragen, die Zypern betreffen. Die Türkei dagegen forderte, die Isolierung des türkisch besetzten Nordzyperns aufzuheben. Im Zuge des Flüchtlingsabkommens zwischen Ankara und Brüssel wurde jedoch vereinbart, die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Nun geht es aber um die Türkei.

Jetzt stellt man sich hin und meint, der Türkei vorschreiben zu müssen, wie ihre Terrorgesetze auszusehen haben. Die Türkei ist ein Land, in dem Bombenanschläge zur traurigen Realität gehören, ein Land, das im Kampf gegen den Terror schon mehrere Zehntausend Opfer zu beklagen hat. Stellen Sie sich doch nur noch mal einen Bruchteil dieses Terrors in Deutschland vor. Ich möchte nicht wissen, welche Gesetzespakete in Windeseile den Bundestag passieren würden. Da würde man sich jede Einmischung verbitten – insbesondere wenn sie aus solchen Ländern kommt, die Terrororganisationen als Propaganda-, Rekrutierungs- und Finanzbeschaffungsraum nutzen.

Was meinen Sie?

Welche Intensität die Aktivitäten der Terrororganisation PKK in Deutschland haben, können sie im Verfassungsschutzbericht nachlesen. Es reicht also nicht, sich verbal solidarisch mit den täglichen Terrorismusopfern in der Türkei zu zeigen. Zuletzt hat beispielsweise die PYD, laut Bundesamt für Verfassungsschutz eine Zweigorganisation der PKK, in Berlin eine ständige Vertretung eröffnet. Das PKK-Verbot ist leider zu einem Papiertiger verkommen.

Ein Kampf gegen multipolaren Terror im eigenen Land wirkt in der EU befremdlich. In der Türkei hingegen sterben jeden Tag Menschen durch Autobomben und Selbstmordattentate. Ist ein strenges Anti-Terror-Gesetz also nötig?

Ein Rechtsstaat handelt im Rahmen seiner Gesetze. Der Terror kann nicht wirksam bekämpft werden, wenn Judikative und Exekutive nicht entsprechende Instrumente in Form von wirksamen Gesetzen zur Verfügung stehen. Gerade deshalb und in Anbetracht der Situation in der Türkei sind die Anti-Terror-Gesetze angemessen. Im Übrigen wurden sie regelmäßig evaluiert und so angepasst, dass sie ihre Grenze in elementaren Freiheitsrechten haben.

Kann die Türkei ausschließlich mit einem strengen



WAS EUROPA VON ERDOGAN HÄLT Sultan, Scharfmacher, Erpresser?

Europa braucht die Türkei als Partner – vor allem in der Flüchtlingskrise. Doch Präsident Erdogan polarisiert – und nicht alle EU-Mitglieder sind mit seiner Politik einverstanden. Unsere Korrespondenten berichten. [mehr...](#)

Gesetz dem Terror im eigenen Land begegnen?

Der Kampf gegen den Terror erfordert selbstverständlich ein ganzheitliches und nachhaltiges Vorgehen. Im Bereich der Bildung etwa wird viel unternommen, um Jugendliche zu immunisieren. Hinzu kommen Aussteigerprogramme und Informationskampagnen. Minderheitenrechte wurden massiv gestärkt und gefördert, staatliche Investitionsprogramme gleichen infrastrukturelle bzw. wirtschaftliche Defizite aus. Die Regierung geht mutige Schritte. Dagegen versucht die PKK, mit ihren politischen Verlängerungen sämtliche Schritte zu torpedieren.

Inwiefern?

Wir stehen mit der PKK vor einem sehr hässlichen Gebilde mit einem breiten Netzwerk und diversen Auswüchsen, das sich nicht nur im bewaffneten Kampf zeigt. Sie entführen Minderjährige, erpressen Familien, sammeln Schutzgelder, nutzen Zivilisten als Schutzschilde, zerstören Infrastrukturprojekte und sanitäre Einrichtungen, um nur einige Beispiele zu nennen. Es gibt noch viele weitere Fratzen dieser Terrororganisation, die täglich Menschenleben fordert. In der Türkei stehen die Anti-Terror-Gesetze auch deshalb überhaupt nicht zur Debatte. Wie sollte man dem türkischen Volk auch erklären, dass ausgerechnet jetzt die Terrorgesetze abmildert werden sollen?

Journalisten wie Can Dündar und Erdem Gül sitzen laut Gesetz rechtskräftig im Gefängnis. Beide werden rechtlich gesehen mit Selbstmordattentätern und Terroristen gleichgesetzt.

Nein, das wird auch nicht getan. Der Terror hat sich zunehmend gewandelt, es gibt verschiedenste Auswüchse. Auch darauf muss der Staat angemessen reagieren. Wenn ein Journalist meint, sich die Freiheit nehmen zu müssen, Staatsgeheimnisse auf der Titelseite präsentieren zu dürfen, muss eine juristische Überprüfung der Hintergründe wohl erlaubt sein.



RECEP TAYYIP ERDOGAN Der türkische Marionettenspieler

Staatschef Erdogan installiert einen neuen Ministerpräsidenten in der Türkei, der ihn noch mächtiger macht. Doch das ist nur der Anfang. Denn Erdogan scharft die Massen hinter sich, die ihrem Führer bedingungslos folgen. [mehr...](#)

Auf diese Art und Weise?

Niemand sitzt in der Türkei wegen seiner Tätigkeit als Journalist im Gefängnis. Wir dürfen, wenn wir die Türkei bewerten, nicht von Umständen ausgehen, die lebensfremd sind. Das wird der Sache nicht gerecht und verzerrt das Gesamtbild. Wir tun leider oftmals so, als habe die Türkei den Tatbestand des „Geheimnisverrats“ oder die Anti-Terror-Gesetze erfunden. Diese Gesetze gibt es sowohl in Deutschland als auch in den anderen europäischen Staaten.

Für die Regierungspartei AKP sind Sie Abgeordneter im Parlament. Binali Yildirim ist nach dem Rücktritt von Ahmet Davutoğlu neuer Ministerpräsident. War

Davutoğlu ein guter Ministerpräsident?

Sicherlich hat er gute Arbeit als Ministerpräsident geleistet.

Zeitungen sprechen von einem Machtkampf und davon, dass Davutoğlu nicht mehr haltbar gewesen sei. Wie viel ist dran an den Gerüchten?

Im Ergebnis hat der Ministerpräsident entschieden, zurückzutreten. Dies ist zu respektieren. Es steht mir nicht zu, darüber zu spekulieren.

Nach Jan Böhmermann hat Präsident Erdoğan nun auch den Springer-Verlagschef Matthias Döpfner verklagt. Wie würden Türken reagieren, wenn ein deutscher Politiker dasselbe mit einem türkischen Komiker oder Journalisten tun würde?

Ich bin überzeugt, dass so ein Gedicht im öffentlich finanzierten türkischen Fernsehen nicht vorgetragen worden wäre. Kein Satiriker würde sich so eine pubertär-perverse Grenzenlosigkeit erlauben - und die Türkei blickt auf eine lange Satiriker-Tradition zurück. Sowohl die Vielzahl als auch die hohe Auflage von Satirezeitschriften in der Türkei haben genug Aussagekraft.

DIE HEIKLEN THEMEN ZWISCHEN MERKEL UND ERDOGAN

Parlament

Auf Betreiben Erdogans hat das Parlament beschlossen, Abgeordneten die Immunität zu entziehen. Betroffen ist vor allem die pro-kurdische HDP, der Erdogan Terrorvorwürfe macht. Parlamentariern droht jetzt Strafverfolgung. Merkel hat sich darüber öffentlich sehr besorgt gezeigt – sie dürfte das Thema nicht aussparen.

Flüchtlingspakt

Erdogan hat indirekt gedroht, den Flüchtlingspakt zu kippen. Hintergrund ist eine EU-Forderung, die Anti-Terror-Gesetze der Türkei zu reformieren, damit sie nicht politisch missbraucht werden. Ohne Reform will die EU die Visumpflicht für Türken nicht aufheben. Merkel will wissen, wie Erdogan zu dem Thema steht.

Armenier

Am 2. Juni will der Bundestag eine Resolution beschließen, mit der die Gräueltaten an den Armeniern im Osmanischen Reich vor gut 100 Jahren als „Völkermord“ eingestuft werden. Die Türkei lehnt das strikt ab. Unklar ist, ob der Punkt jetzt schon zum Thema wird. Neuer Streit mit Ankara ist aber auf jeden Fall programmiert.

Pressefreiheit

Kürzlich wurden zwei kritische Journalisten der Zeitung „Cumhuriyet“ zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Andere Medien wurden auf Regierungskurs gezwungen. Erdogan meint dennoch, türkische Medien seien frei. Merkel hat sich schon am Vorabend mit Journalisten getroffen – das Thema Meinungsfreiheit ist ihr wichtig.

Böhmermann-Affäre

Erdogan hat sich öffentlich nicht über das Schmähgedicht des ZDF-Moderators Jan Böhmermann geäußert, aber dagegen geklagt. Merkel nannte ihre Äußerung, Böhmermanns Gedicht sei „bewusst verletzend“, später einen Fehler. Von sich aus dürfte Merkel diesen Punkt nicht ansprechen, sie sieht die Justiz am Zuge.

Die Zeitung Vakit hat mal auf der Titelseite geschrieben: „Merkel ist der zweite Hitler“, inklusive Hakenkreuz-Fotomontage und Merkel mit Hitlerbärtchen und Vampirzähnen. Es ging damals um ein neues Zuwanderungsgesetz in Deutschland. Hätte Merkel klagen sollen?

Meiner Meinung nach war diese Darstellung geschmacklos - sie relativiert den Holocaust maßlos. Ob Merkel aber hätte klagen sollen, ist ihre persönliche Entscheidung.

Das stimmt.

In einem ähnlichen Fall, als „Vakit“ ihn als „Hitlers Linken“ bezeichnet hatte, hatte der damalige Bundesinnenminister Otto Schily übrigens in der Türkei und in Deutschland interveniert. Er hatte seinen türkischen Amtskollegen kontaktiert und im Übrigen die Zeitung in Deutschland verboten, das Vermögen beschlagnahmt. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass das in der Türkei skandalisiert wurde.

Noch einmal zurück zur allgegenwärtigen Flüchtlingskrise: Sie sind türkischer Staatsbürger, aber größtenteils in Deutschland aufgewachsen. Wer tut mehr für Flüchtlinge: Deutschland oder die Türkei?

Beide haben in der Flüchtlingsfrage eine herausragende Handlungsbereitschaft bewiesen. Mit ihrem beherzten „Wir schaffen das“ hat Frau Merkel einen bemerkenswerten politischen Mut an den Tag gelegt und zur Entschärfung der humanitären Krise entscheidend beigetragen. Es stimmt aber auch, dass es einen gravierenden Unterschied bei der gesellschaftlichen Akzeptanz in Deutschland gibt, obschon man deutlich weniger Menschen aufnimmt. In der Türkei gibt es eine viel breitere Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung.

Woran machen Sie das fest?

In der Stadt Kilis etwa gibt es inzwischen mehr Flüchtlinge als Einwohner. Fremdenfeindlichkeit oder brennende Flüchtlingsunterkünfte, wie wir sie aus Deutschland kennen, gibt es in der Türkei nicht. Auch werden in der Türkei die Flüchtlinge nicht politisch instrumentalisiert und keine der politisch relevanten Parteien versucht Profit aus der Flüchtlingskrise zu schlagen.



FLÜCHTLINGSKRISE

Humanitärer Weltgipfel in Istanbul

Uno-Generalsekretär Ban fordert mehr Hilfe für Notleidende. Noch nie hätten so viele Menschen Hilfe zum Überleben gebraucht, beklagt er auf einem Uno-Gipfel in Istanbul. Welche Vorschläge die Bundeskanzlerin macht. [mehr...](#)

Die Debatte um das Verhältnis zwischen der Türkei und Deutschland geht es mehr um Unterschiede als um Gemeinsamkeiten. Im Umkehrschluss: Welche Dinge sollte man eigentlich betonen?

Mir fallen so viele Gemeinsamkeiten ein, die beide Länder untrennbar miteinander verbinden. Allen voran Millionen von Biografien, wie ich sie darstelle, die in beiden Ländern heimisch sind und deren Reichtum auf beiden Seiten bei weitem nicht ausgeschöpft ist. Zunehmend mehr Deutsche sehen die Türkei als Wahlheimat, jährlich besuchen über fünf Millionen Deutsche die Türkei. Deutschland ist für die Türkei der größte Handelspartner. Auch bei den Auslandsinvestitionen liegt Deutschland an der Spitze.

Die Zusammenarbeit nimmt also zu?

Absolut. Millionen von Türken und Deutschen kennen sich aus persönlichen Begegnungen. Deshalb sollten wir uns von der aktuellen Stimmung nicht allzu sehr vereinnahmen und ablenken lassen. Die historisch gewachsene Partnerschaft und millionenfache Brückenbauer sprechen einfach eine andere Sprache. Auch früher war es so, dass beide Länder sich gerade in schwierigen Zeiten immer näher gekommen sind.

Sie sind auch Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses im türkischen Parlament.

Immer wieder wird festgestellt, dass die Türkei die vielen Flüchtlinge zwar beherbergt, aber kaum integriert. Was könnte besser laufen?

Dieses Argument fällt oft. Und wenn wir ehrlich sind, dann zeigt es, dass man weniger um die Wohlfahrt der Syrer in der Türkei besorgt ist als vielmehr darum, dass sonst viele mehr nach Westeuropa drängen könnten. Niemand darf erwarten, dass Millionen von Menschen in einem kurzen Zeitraum integriert werden können. In erster Linie steht die Grundversorgung an. Parallel laufen große Anstrengungen und eine Vielzahl von Programmen zur Integration.

Welche denn?

THEMA: TÜRKEI

TREFFEN AM RANDE DER UN-KONFERENZ

Merkel: „Erdogan hat nicht alle meine Fragen beantwortet“

ABSTIMMUNG ÜBER IMMUNITÄT

Zehn weiteren Abgeordneten in der Türkei droht Strafverfolgung

ZU BESUCH BEI ERDOGAN

Merkel in heikler Mission: „Eigentlich ist es eine Katastrophe, dass wir darüber sprechen müssen“

Arbeitserlaubnisse werden ausgestellt, Studien- und Schulplätze geschaffen und verteilt. Etwa 325.000 von 750.000 syrischen Kindern in der Türkei besuchen inzwischen täglich die Schule, bis Ende dieses Jahres sollen es 460.000 sein. Sprachkurse und weitere berufliche Fortbildungskurse werden von über 130.000 Menschen besucht. Arbeitserlaubnisse werden ausgestellt, damit Syrer schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden.

© 2016 Handelsblatt GmbH - ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH & Co. KG

Verzögerung der Kursdaten: Deutsche Börse 15 Min., Nasdaq und NYSE 20 Min. Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben.